



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1911

117 (10.3.1911) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-145181](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-145181)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-

nahme o. Druckarbeiten 841

Redaktion 877

Expedition und Verlags-

buchhandlung 218

70 Pfennig monatlich.
Erlangeln 30 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag Bl. 2,42 pro Quartal.
Einz.-Nummer 8 Bg.

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Inserate:
Die Colonne-Zeile . . . 28 Bg.
Auswärtige Inserate . . . 30 „
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Geliefenste und verbreitetste Zeitung
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus
in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 117.

Freitag, 10. März 1911.

Abendblatt.)

Von der Betätigung der politischen Gesinnung.

(Ein Wort zur Stresemann-Versammlung.)

Aus jungliberalen Kreisen schreibt man uns:

Man darf es sich ohne alle Umdeutung eingestehen, daß in der Betätigung der politischen Gesinnung die liberalen Parteien so ziemlich hinter den andern stehen. Immer dieselben Entschuldigungen, dieselben Verhinderungen. Und doch sind die Abhaltungen für alle deutschen Staatsbürger die gleichen. Aber warum finden gerade die Liberalen immer zuerst einen passenden Verhinderungsgrund? Wie ist das möglich? Nicht weil der Liberalismus schwache Grundlagen hätte und keine Zukunft ausüben könnte. Nicht weil das Thema oder der Redner nicht aktuell genug wären! Nun, warum denn?

Weil viele, sehr viele, nur einen Liberalismus der Rechte, die sie verlangen, nicht aber einen solchen der Pflichten und der Aufopferung kennen. Wenn die Rechte und Bedürfnisse geduldet sind, küßt man einander. Das ist aber ein rein subjektiver Liberalismus, der des sozialen Gefühls bar ist. Es ist das eine sehr reaktionäre und herberblische Gesinnung, die immer wieder der Aufrüttelung bedarf, um nachher sofort wieder einen neuen politischen Schlag zu verfallen. Das ist eine bedenkliche Schattenseite des gleichgültigen Liberalismus. Daher die unbegreifliche Schwermüdigkeit, der Mangel an frischer Begeisterung bei vielen unserer Parteigänger. Immer wären sie beinahe zu einem entscheidenden Entschluß gekommen. Aber sie lassen leicht wieder ihre müde Hand sinken.

Was verlangt jedoch echte liberale Gesinnung von uns allen? Einen Liberalismus der Tat, der strengen Pflichterfüllung und der selbstlosen Hingabe! Der Erfolg einer Partei hängt doch wesentlich davon ab, wie viele Anhänger sich für sie in die Schanze schlagen. Die Betätigung der politischen, festen Ueberzeugung gibt Mut und Frische, Erfolg und Sieg. Mögen daher recht viele Männer und Frauen ihren praktischen Liberalismus beweisen! Mögen sie mit ihrer Berufenen für das Gelingen eines moralisch bedeutenden Unternehmens eintreten, um dem heftigen Liberalismus morgen einen Ehrentag zu bereiten! Welcher Nationalliberale kann es mit seinem politischen Gewissen vereinbaren, einen so bedeutenden Parlamentarier wie den Abgeordneten Dr. Stresemann nicht zu hören? Jeder, alt oder jung, werde daher für eine fundgebende Versammlung. Aber noch eins ist dringend nötig: selbst kommen, und noch eins: sich praktisch

betätigen durch den Eintritt in die politischen Organisationen, den Nationalliberalen Verein und den Jungliberalen Verein. Denn aus nichts, kommt nichts. Im Leben herrscht stets nur der Lebendige!

Die Lösung der elsass-lothringischen Frage.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 9. März.

Durch die Bewilligung von Bundesratsstimmen ist die Lösung der elsass-lothringischen Frage um ein gutes Stück gefördert worden. Als am 16. Februar die Arbeiten der Kommission auf Wunsch der Regierung unterbrochen wurden, glaubten viele Beobachter das Schicksal der Verfassung für die Reichslande besiegelt. Wir haben schon damals einer solchen pessimistischen Auffassung widersprochen; ihre Nichtberechtigung ergab sich ja schon rein äußerlich aus der Tatsache, daß die Regierung ihre Vorlagen nicht kurzerhand zurückzog. Das aber war der deutliche Ausdruck dafür, daß sie bereit war weiter zu verhandeln und Konzessionen zu machen, wie sie heute durch die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück bekannt geworden sind.

Zentrum und Linke hatten ja alles getan, um die elsass-lothringische Verfassungsfrage auf ein totes Geleise abzurollen. Ihren weitgehenden Wünschen legen die verbündeten Regierungen nach wie vor ein striktes „Unannehmbar“ entgegen und Staatssekretär Delbrück hat heute nochmals mit allem Nachdruck erklärt, daß die verbündeten Regierungen an der Stellung des Kaisers und des Statthalters nicht rütteln lassen. Das Verlangen nach völliger Autonomie der Reichslande nach Ergebung Elsass-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat mit einem Statthalter auf Lebenszeit an der Spitze muß also zu Grabe getragen werden, wenn anders die Vorlagen der Regierung Gesetz werden sollen. Die verbündeten Regierungen geben aber den Wünschen der Kommission insoweit nach, als sie Elsass-Lothringen drei Stimmen im Bundesrate zugehen wollen. Damit werden Forderungen erfüllt, die vor allem die nationalliberale Fraktion erhoben hat und die mit besonderem Nachdruck in der Kommission Wassermann betrat. Er hat das getan, obwohl es auch in der eigenen Fraktion Stimmen gab, die von solcher Forderung abtraten und obwohl er besonders von der Presse der Rechten dieserhalb scharf angegriffen wurde. Jetzt, wo die Regierungen die Bundesratsstimmen gewähren und sogar noch über Wassermanns Forderung nach rein wirtschaftlichen Stimmen hinausgehen, werden wohl die Stimmen gegen die Politik Wassermanns in dieser Frage verstummen; die Reichslande werden ihr aber Dank wissen, daß sie mitgeholfen hat, den verbündeten Regierungen ein weiteres Zustandnis abzurufen.

Die Vertreter Elsass-Lothringens im Bundesrate werden nicht nur ausschließlich in wirtschaftlichen Fragen, sondern überhaupt in allen Fragen mitreden und mitstimmen können. Nur noch zwei Richtungen wird das Stimmgerecht Elsass-Lothringens eingeschränkt werden. Einmal in

Verfassungsfragen. Die verbündeten Regierungen sind hierbei von der Erwägung ausgegangen, daß die Reichslande erst nach Vereinbarung der Verfassung zu einem Gliede des Deutschen Reichs geworden sind. Sie sollen ja auch künftig nicht die vollen Rechte eines selbständigen Bundesstaates haben; mit-ähn bleiben sie was sie bisher waren, nämlich Objekt der Reichsverfassung. Die zweite Einschränkung ergibt sich aus der Bestimmung, daß die elsass-lothringischen Stimmen nicht mitgezählt werden, wenn bei Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat Preußen nur durch den Eintritt dieser Stimmen die Mehrheit bilden würde. Gegenwärtig gibt bei Abgabe aller Stimmen im Falle von Stimmengleichheit (29 : 29) Preußen den Ausschlag; in Zukunft ist Stimmengleichheit nur möglich beim Fehlen einiger Bundesratsstimmen, da sonst 31 Stimmen die Mehrheit sind. Befindet sich in Zukunft bei der Mehrheit Preußen und Elsass-Lothringen, so zählen die Stimmen von Elsass-Lothringen nicht mit; dagegen werden sie mitgezählt, wenn Elsass-Lothringen sich bei einer Mehrheit befinden würde, zu der Preußen nicht gehört. Es muß also nachdrücklich anerkannt werden, daß Preußen hier einen Akt großer Selbstverleugung übt. Es kann aber dieses Opfer bringen, nachdem einmal die Stellung des Kaisers und des Statthalters unverändert bleibt und in der Reichsverfassung ausgesprochen werden soll, daß nur auf die Dauer eines solchen Zustandes die drei Stimmen Elsass-Lothringens zusetzen, und nachdem zum anderen Elsass-Lothringen nicht zum Subjekt der Reichsverfassung erhoben wird. Es sind also genügende Routen zur Sicherung Preußens geschaffen. Die Rechte des Statthalters, der noch wie vor vom Kaiser ernannt wird und aberufen werden kann, werden erweitert. Er hat in der Auswahl der drei Bevollmächtigten völlig freie Hand, er instruiert auch die drei Stimmen. Er ist nach dieser Richtung völlig frei und unabhängig von Preußen, ja es wird von ihm erwartet, daß er sich bei der Instruktion der Bevollmächtigten ausschließlich von elsass-lothringischen Interessen leiten läßt. Die preussische Regierung ist hier weitherzig — auch das muß anerkannt werden — als beispielsweise das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung“ welche in ihrem Leitartikel von heute abend die „Erwartung“ ausdrückt, daß der Statthalter „in wichtigen Fragen mit Preußen konform geht“, denn so fährt das Blatt fort: „Da der König von Preußen (nein, der deutsche Kaiser! D. A.) ihn ernannt, so wird doch zu hoffen sein, daß er die Verpflichtung fühlt, in wichtigen Fragen der Reichsgesetzgebung dem Willen und Wünschen des Monarchen, als dessen Delegat er die landesherrlichen Rechte in Straßburg ausübt, Rechnung zu tragen, oder aber seine Demission zu geben.“ Abgesehen von dem unverständlichen Jargon, daß der König von Preußen den Statthalter ernannt, während es doch der deutsche Kaiser gemächtermaßen als Bevollmächtigter sämtlicher deutscher Bundesstaaten tut, braucht nur auf die gerade entgegengesetzte Willensmeinung der verbündeten Regierungen, somit auch der preussischen Regierung, in der „Nordd. Allg. Ztg.“ hingewiesen zu werden.

Elsass-Lothringen soll also in seinen Angelegenheiten auch Herr im Hause sein. Das ist durchaus vernünftig. Es soll, darauf weist das Kommentar der „Nordd. Allg. Ztg.“ be-

Genilleton.

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskunftsstelle für Frauenberufe.

Prinz Wilhelmstraße 6. 2. Stod.

Sprechstunde: Montags von 10—11 Uhr.

Das Geschlechtsproblem.

Die Grundbeziehung unserer Gesellschaft beruht, so führte Professor Stimmel in einem Vortrag über „Das Relative und das Absolute im Geschlechtsproblem“ nach der „Nat. Ztg.“ in der Wiener Soziologischen Gesellschaft aus, auf dem Unterschied von Männlichkeit und Weiblichkeit. Im geschichtlichen Leben unserer Gattung gilt das als objektives, unparteiisches Urteil, was den Bestimmungen des Mannes entspricht. Dies hängt mit der historischen Herrenstellung des Mannes zusammen. Drückt man das Verhältnis zwischen Mann und Frau ganz kurz aus als das vom Herr zum Sklaven, so wird man bemerken, daß der Mann seinen Männlichkeits- und Herrschaftsanspruch sehr oft in den Hintergrund schiebt; die Frau dagegen vertritt viel seltener das Bewußtsein aus dem Auge, daß sie Weib ist und nur Weib. Den Handlungen und Wünschen der Frau wird ein Maßstab entgegengestellt, gegenentgegengesetzte Forderungen enthält, als die ihr selbst am dienlichsten wären; sie soll ihm gefallen, ihn ergänzen, ihm dienen. Die Prärogative der Männer legt auf diese Weise den Frauen eine doppelte Aufgabe auf, und es ist verständlich, daß die Bestrebungen der Frauenemanzipation nach dem einen Maßstab mit Hohn verfolgt werden können, indes nach dem anderen ihr Kampf und ihre Ansprüche als vollkommen berechtigt gelten müssen.

Die Frau ruht in ihrer Weiblichkeit als in ihrer absoluten

Weiblichkeit gleichgültig dagegen, ob es Männer gibt oder nicht. Für den Mann gibt es diese zentripetale Beziehung zu sich selbst gar nicht. Des Scheitern ein Paradoxon. Jene Selbstständigkeit der Frau zeigt sich zum Beispiel im Verlauf der Schwangerschaft, der vom Manne ganz unabhängig ist. Das allgemeine Schema ist, daß für den Mann die Geschlechtsfrage als eine Relationsfrage erscheint, während sie für die Frau eine absolute ist, somit mit allen ihren anderen Lebensäußerungen innigst verknüpft bleiben muß. Die Frau ist das „in sich selbst geschlechtliche“ Wesen, das sich zwar dem andern Scheinbar zu eigen gibt, aber doch immer nur in sich selbst wurzelt, sich hingibt, nur um ihrer eigenen innersten Bestimmung treu zu werden. So ist die Geschlechtlichkeit das immanente, das Urwesen der Frau. Als Beispiel diene die alte Frau, wenn man von ihren Verfallsphänomenen absteht. Sie wird nicht als geschlechtslos betrachtet. Obwohl ihre Sexualität erloschen ist, bleibt ihr dennoch das weibliche Casus erhalten. Anders beim Manne. Obwohl es den populären Anschauungen zu widersprechen scheint, kann man doch sagen, daß es im tiefsten Wesen des Mannes liegt, sich zu entäußern, sich als Mittel, als Objekt hinzugeben. Er läßt sich auch bei seinem größten Tun in die historische Ordnung ein und begnügt sich, auch bei dem höchsten Trachten nach Macht als Glied, als Durchgangspunkt zu gelten.

Was ist nun die Frau für sich selbst? Wo nicht in bezug auf den Mann. Das ist eine sehr selten gestellte Frage, die auch ganz besondere Schwierigkeiten in sich birgt. Und aus der Seltenheit der Frage schließt man, daß die Frauen für sich selbst nichts sind. Das ist zum Beispiel Weinmachers großer Fehler, daß er die Frau immer nur an männlichen Schöpfungen misst. Daher weicht er sich immer im Kreise. Das über sich selbst hinausgreifen bei aller Produktion, dieses Wehrlein als nur ein Produktiver, ist es, in das der Mann sich einstellt. Diesem legt das Weib seine transzendente, fundamentale Einseitigkeit gegenüber. Es bleibt der übergeschlechtliche und übergeschlechtliche Aufbau der Welt dem Manne

überlassen. Der Erfolg davon ist, daß alle Erscheinungen an der Frau als rein geschlechtlich weiblich erscheinen, gegenüber der ungeschlechtlichen, rein objektiven Schöpfungsfähigkeit des Mannes. Diese Weiblichkeit hat aber einen sehr tiefen, metaphysischen, mystischen Welt Sinn. Will man zum Beispiel das Wesen der Frau in die Teleologie verlegen, das heißt in das Unterleben eines neuen Geschlechtes, will man behaupten, daß die Frauen nur für die Kinder da sind, so folgt schon daraus, daß sie nur für die Männer da sind. Um nun das männliche Prinzip über sich hinauszuführen, muß das Weib in ihrer Einseitigkeit vertieft werden. Je tiefer der Mensch sich in sein Sein verliert, je mehr er seiner Existenz lebt, um so näher kommt er der Weiblichkeit, dem Wesen des Daseins überhaupt. Dies ist der Glaube nicht nur aller Mütter, sondern auch bei Kant, Schopenhauer, Spinoza und anderen großen Denkern finden wir Ankänge daran. Die Frau nun in ihrem dunklen Unbewußtsein, in ihrem ungeschlechtlichen Sein stehend, unerschütterlich eingetaucht in ihre eigene Substanz, erscheint mit dem Vorzeichen der Welt aufs innigste verknüpft. Sie ist Mutter und steht so der Mütterlichkeit aller Dinge am nächsten.

Wie das Kunstwort durch die Begrenzung seines Rahmens von der Zerstretheit der übrigen Welt sich scheidet, wie die Seele ein in sich geschlossenes Ganzes ist, so hebt auch die Frau in ihrer Weiblichkeitsvollständigkeit als absolute Einheit der fremden Welt gegenüber. Es ist nicht bloß die Kleinlichkeit der Sitte, die ihr verbiethet, allzu auffallend aus sich hervorzutreten; sich in der Gesellschaft vorzudrängen, mit onklastischen Heften sich zu ähneln. Sondern in diesen Anforderungen der Schicklichkeit liegt ein ganz tiefes, inneres Symbol, als hätte die Frau eine geheimnisvolle Beziehung zum Willen, verschlossenen, eingebogenen Grund der Dinge. Dabei auch die Frauen als Deyen, Feen, Wunderkinderinnen von der Fiktion allegorisiert werden, als Faubertinnen, die mühsam zu verheeren oder vorzüglich zu meiden sind, weil sie mit den verborgenen Kräften der Natur in Kontakt stehen.

sonders hin, bei wirtschaftlichen Fragen und auch bei den anderen Fragen der inneren Politik seine Stimme mit demselben Gewicht in die Waagschale werfen können wie Baden und Hessen. Trotzdem die „Nordd. Allg. Ztg.“ gerade auf Baden und Hessen exemplifiziert, will sie damit deutlich zu verstehen geben — wenn das der „Deutsch. Tagesztg.“ auch nicht behagen wird —, daß Preußen es für selbstverständlich hält, daß die drei Stimmen von Elsaß-Lothringen z. B. in der Frage der Schiffahrtsabgaben genau so wie die badischen und hessischen gegen die Vorlage abgegeben worden wären. Elsaß-Lothringens Einfluß im Reich, wird durch die Bundesratsstimmen dennoch ganz beträchtlich gewahrt, und wenn die verantwortlichen Männer der preussischen Regierung die Hand dazu boten, daß eine Mehrheitsbildung im Bundesrat gegen Preußen erleichtert wird, so kann man ihnen in diesem Falle sicher nur das Kompliment machen, daß sie als liberale Menschen die Zeichen der Zeit und die Forderungen unserer Tage verstanden.

Nach der Haltung, die Centrum, Konservative und Volkspartei den neuen Vorschlägen gegenüber einnehmen, scheint eine große Mehrheit für die Vorlagen gesichert. Voraussetzlich werden sie schon gleich nach Osnabrück den Reichstag beschäftigen und dann wird auch Elsaß-Lothringen seine Wünsche zum allergrößten Teile erfüllt sehen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 10. März 1911.

Konfessionelle Engherzigkeit.

Die Kölnische Volkszeitung hat sich in verschiedenen Nummern wiederum mit allerlei unkontrollierbaren Anekdöthen aus ihrem Besessenen über protestantische Voreingenommenheit gegenüber den Katholiken befaßt. Der Zweck der Uebung ist natürlich, die Katholiken vor den Protestanten gränlich zu machen und die politische Zondbündelerei der Katholiken im Zentrum zu rechtfertigen. Dieses Verfahren ist aber durchaus einseitig und bedauerlich. Es ist gewiß kein Geheimnis, daß die Voreingenommenheit in evangelischen Kreisen gegenüber den Katholiken und dem Katholizismus noch vielfach recht groß ist namentlich in rein evangelischen Gegenden, wo uns Wandel an persönlichem gegenseitigen Verkehr keine Möglichkeit gegeben ist, sich näher kennen zu lernen. Es mag vielleicht auch richtig sein, was wir nicht entscheiden wollen, und was sich auch kaum entscheiden läßt, daß im allgemeinen die Unkenntnis in katholischen Dingen bei der evangelischen Bevölkerung größer ist als umgekehrt. Aber es wagt von einem durchaus ungerechten und tendenziösen Verfahren, wenn man konfessionelle Engherzigkeit nur auf protestantischer Seite rügen zu müssen glaubt, zumal wenn dies auf dem Wege der Wiebergabe aller möglichen „Erlebnisse“ geschieht, denen man an der Stirne abliest, daß sie von einigen Buchstaben Jägerlatein nicht freigeschrieben sind. Konfessionelle Vorurteile werden auch auf katholischer Seite genährt, und es würde wohl nicht schwer fallen, eine ganze Reihe von drastischen Belegen zum Beweise dieser Behauptung anzuführen, vom römischen Katechismus, Lutherpamphleten und ähnlichen Dingen gar nicht zu reden. Wir möchten indes von dieser Methode ablassen. Daß gegenseitige Vorurteile bestehen, weiß alle Welt. Es handelt sich bloß um die Frage: Wie kann dem Uebel abgeholfen werden? Und da verlagte die Zentrumspresse. Sie sieht das Heil in dem recht festen Zusammenschluß der Katholiken, damit die bösen Protestanten ihnen nichts anhaben können. Diese aber — und das ist der circulus vitiosus an diesem ganzen Zentrumsdreieck — bewaffnen sich ebenfalls, um gegenüber dem gepanzerten politischen Katholizismus nicht wegzulassen. Abhilfe kann doch nur dadurch geschaffen werden, daß beide Konfessionen sich möglichst gegenseitig kennen lernen und dies kann nicht anders geschehen, als daß man auf möglichst vielen Gebieten zusammenarbeitet. Das ist allerdings vielfach nicht einfach und leicht, aber es vermag allein für die Dauer unserem konfessionell zerstückelten Vaterlande bessere Zustände zu bringen.

Nachklänge.

Ant-Kom meldet die „Post. Ztg.“: Die heutige Presse ist zurückhaltend mit Urteilen über die preussisch-vatikanischen Beziehungen, die als innere deutsche

Angelegenheit betrachtet werden. Es bestätigt sich, daß die Entfernung des Monignors Benigni aus dem päpstlichen Staatssekretariat ein „pater peccavi“ gegenüber dem preussischen Vertreter bedeutet. „Popolo Romano“, unter den liberalen Blättern das vorzüglichste und unparteiischste in streiflichen Fragen, bemerkt an leitender Stelle: „Plus X., der zweifellos auf das Lebhafteste wünscht, im Interesse der von ihm vertretenen Religion mit aller Welt in Frieden zu leben, kann nicht umhin, den kalten deutschen Rüstern Rechnung zu tragen und zu erwägen, daß gewisse Vorschriften, wenn schon von hoher Auffassung der kirchlichen Disziplin und von der Abwehr eingegeben, nicht für alle Völker passen.“

In dem im heutigen Mittagsblatt wiedergegebenen Artikel der Kreuz-Zeitung, in dem dem Reichskanzler das Mißfallen der Konservativen ausgesprochen wird, den aber ein Centrum-Blatt als einen Akt konservativer Besonnenheit lobt, bemerkt der „Sonntagskurier“:

Zu deutlich also: die konservative Fraktion denkt auch gar nicht daran, irgend etwas zu unternehmen oder zu billigen, was von ihren fleißigen Waffenbrüdern als unangenehm empfunden werden könnte, und Herr v. Bethmann Hollweg, der in dieser Beziehung sich vergangen hat und dem Standpunkte des Kultusministers sich nicht angegeschlossen hat, wird von Herrn v. Heidebrand nachdrücklich gerüffelt.

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung von besonderem Interesse, daß in dem amtlichen Stenogramm der Rede des Kanzlers eine wichtige Stelle anders lautet als noch den ersten Berichten der Blätter. Wer die Rede mit angehört hat, vernahm folgenden Satz:

„Darum wird sich der Staat — und darin bin ich mit dem Kultusminister völlig einverstanden — in Zukunft gezwungen sehen, darauf Verzicht zu leisten, Geistlichen, die den Eid geleistet haben, den Unterricht z. B. im Deutschen und in der Geschichte, neu zu übertragen.“

So haben es sämtliche Preßberichte, auch der ultramontanen Presse, der „Deutschen Tageszeitung“, soweit sie nicht vom offiziellen Wolffschen Telegraphenbureau bedient werden. Nur dieses hatte eingefügt „in der Regel“, und so heißt es nun auch in dem offiziellen Bericht des „Reichsanzeigers“. Das ist gerade an dieser wichtigen Stelle, wo der Kanzler die einzige praktische Gegenmaßnahme der Regierung bekannt gab, um so eigentümlicher, als durch diese Einschränkung die Tragweite der angefügten Maßnahme sehr wesentlich beschränkt wird. Ein Hörfehler ist aber bei so vielen Zeugnissen des Gegenteils überaus unwahrscheinlich. Es handelt sich hier jedenfalls um eine nachträgliche Korrektur, eine Annäherung an den vom Kultusminister eingenommenen und von den Konservativen geteilten Standpunkt. Eine Aufklärung ist unvermeidlich.

Das Frauenwahlrecht in Oesterreich.

Von deutsch-freiwilliger Seite ist vor kurzem die Herausziehung der Frauen zur Anteilnahme am politischen Leben zur Erörterung gestellt worden und die loben von der österreichischen Regierung vorgelegte Vereinsgesinnung steht auch bereits das Verbot der Anteilnahme der Frauen an politischen Vereinen auf. Mit Rücksicht darauf ist es von Interesse, wie weit die Frauen in Oesterreich bereits ein öffentliches Wahlrecht besitzen. Im Verlag der Staatsdruckerei in Wien ist soeben eine sehr bemerkenswerte Schrift über „Wahlrecht und Wahlstatistik der österreichischen Landtage“ von Dr. Felix Freiherr Knezl von Korberg erschienen, die über das Landtagswahlrecht der Frauen in Oesterreich folgende zusammenfassende Darstellung gibt:

In der Wählerklasse des großen Grundbesitzes (Beziehungsmasse der Höflichkeitsbesitzer) wird in allen Landtagswahlordnungen auch den weiblichen Personen das Wahlrecht angesprochen. Während sie jedoch in Niederösterreich, Ober- und Krain, Schlesien, Galizien und Dalmatien ihr Wahlrecht persönlich oder durch einen Bevollmächtigten ausüben können, ist in den übrigen Ländern für die Ausübung des Wahlrechtes weiblicher Personen in der Wählerklasse des großen Grundbesitzes die Bevollmächtigung obligatorisch vorgezeichnet, wobei Salzburg und Tirol die in ehelicher Gemeinschaft lebenden weiblichen Personen ihr Wahlrecht durch den Ehegatten ausüben können.

In den Wählerklassen der Städte und der Landgemeinden besitzen die weiblichen Staatsbürger gegenwärtig in Salzburg, Ober- und Krain, Tirol, Vorarlberg, Böhmen, Schlesien, Galizien und Dalmatien das aktive Wahlrecht. Bezüglich der Ausübung des Wahlrechtes weiblicher Personen in diesen Wählerklassen treffen nur die Wahlordnungen von Salzburg, Tirol, Vorarlberg und Böhmen ausdrückliche Bestimmungen. In Salzburg haben die weiblichen Staatsbürger

in diesen Wählerklassen ihr Wahlrecht ebenso wie im großen Grundbesitz stets durch einen Bevollmächtigten auszuüben, wobei wiederum für die in ehelicher Gütergemeinschaft lebenden Frauen der Ehegatte als bevollmächtigt zu gelten hat, sofern er selbst in einer der vier Wählerklassen wahlberechtigt ist. — In Tirol gelten bezüglich der Ausübung des Frauenwahlrechtes für die Wählerklassen der Städte und Landgemeinden ebenfalls die für den großen Grundbesitz angegebenen Bestimmungen, da auch in diesen Wählerklassen das Wahlrecht der Frauen entweder durch den Ehegatten als gesetzlicher Vertreter oder bei nicht in ehelicher Gemeinschaft lebenden weiblichen Personen durch einen selbst wahlberechtigten Bevollmächtigten auszuüben ist; der Ehegatte braucht also in Tirol nicht selbst wahlberechtigt zu sein, wie es in Salzburg gefordert wird. — Ein besonderes Interesse bieten die Bestimmungen für Vorarlberg. In analoger Anwendung der Bestimmungen der neuen Gemeindewahlordnung hat in Vorarlberg die in ehelicher Gemeinschaft lebende Gattin ihr Landtagswahlrecht ebenfalls durch den Ehegatten auszuüben und es hat der Ehegatte, auch wenn er selbst wahlberechtigt ist, nur eine Stimme anzugeben; doch hat die Gattin eines Mannes, welcher vom Wahlrecht ausgeschlossen oder ausgeschlossen ist, ihr Wahlrecht ebenso persönlich auszuüben wie die nicht in ehelicher Gemeinschaft lebenden weiblichen Personen. Der Ehegatte darf also hier, um Bevollmächtigt seiner Gattin zu sein, zwar nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen oder ausgeschlossen sein, braucht aber nicht selbst das Wahlrecht auch tatsächlich zu besitzen. — In Schlesien endlich können die weiblichen Staatsbürger ihr Wahlrecht in den Wählerklassen der Städte und Landgemeinden ebenso entweder persönlich oder durch einen Bevollmächtigten ausüben wie im großen Grundbesitz. — Es ist in den anderen Ländern, in welchen die weiblichen Staatsbürger in diesen zwei Wählerklassen gleichfalls als wahlberechtigt anzusehen sind, in welchen jedoch über die Ausübung des Wahlrechtes keine ausdrücklichen Bestimmungen getroffen werden, in Anwendung des Gemeindewahlrechtes für die Ausübung des Wahlrechtes weiblicher Staatsbürger die Bevollmächtigung obligatorisch ist oder nicht, ist nach der Judikatur des Reichsgerichtes zweifelhaft.

In der allgemeinen Wählerklasse wird nur in Vorarlberg, und zwar auch da nur unter der Voraussetzung einer Steuerleistung den weiblichen Staatsbürgern das Wahlrecht zugesprochen. Bezüglich der Ausübung ihres Wahlrechtes gelten die für die Wählerklassen der Städte und Landgemeinden in Vorarlberg angegebenen Bestimmungen.

Ein Vergleich des gegenwärtigen Rechtszustandes mit den früheren Wahlordnungen einzelner Länder ergibt, daß sich die Entwicklung des österreichischen Landtagswahlrechtes eher im Sinne einer Einschränkung als einer Ausdehnung des Frauenwahlrechtes fortbewegt.

Deutsches Reich.

— Zur Pensionsversicherung der Privatbeamten wird der Bund der Industriellen in seiner Vorstandssitzung am 18. März Stellung nehmen.

Badische Politik.

ist das so?

In den „Hohenzollerischen Blättern“, dem vortrefflich geleiteten Organ der Hohenzollerischen Liberalen, ist eine Erklärung des Landtagsabgeordneten Paul Bosch zu lesen, der früher Verleger der „Zentral-Zeitung“ war; in der Erklärung heißt es u. a.:

Stuttgart, 8. März 1911.

Nachdem Herr Bernhard Fehreke, Redakteur des „Vollers“ (Zentrumsbüchlein in Heidelberg), einen gegen mich angelegten Prozeß beim Landgericht Osnabrück, in dem ich ihm Betrug nachgewiesen habe, verloren hat, erklärt er sich, meine persönliche Ehre anzugreifen. Dazu ist dieser Herr meines Erachtens ganz und gar nicht geeignet. Herr Bernhard Fehreke hat mich als Verleger des „Zentrumsbüchleins“ „Der Anzeiger für Stadt und Land“ (Jahr 1. u.) im Hinblick an geschäftliche Erörterungen (in Gegenwart einer dritten Person) zur frömmelnden Heuchelei mit folgenden Worten aufgefordert: „Herr Bosch, Sie müssen mehr heucheln, mehr in die Kirche springen und den Pfarrern mehr schmeicheln.“ — Als ich ein derartiges erniedrigendes Handeln und die Unverschämtheit meines Behaltens ernstlich zurückgewiesen, erwiderte Fehreke: „Ich habe es auch nicht gekannt, meine Frau hat es mir beigebracht.“

Wir fragen: ist das so? Es ist ja zu bedenken, daß nicht ein böser Liberaler so schimmere Behauptungen über das Verhältnis zwischen Zentrumsbüchlein und katholischer Geistlichkeit oder Kirche ausgesprochen hat, sondern ein Zentrumsbüchlein selbst diese Auslagen getan hat oder doch getan haben soll. Weitere Aufklärung würde sehr nützlich sein.

Frauen-Jahrbuch. Während der Bund Deutscher Frauenvereine sich auch mit dem Plan trägt, ein Frauenjahrbuch herauszugeben, hat der Amelanger'sche Verlag in Leipzig die Sache bereits praktisch in Angriff genommen und mit einem „Frauen-Jahrbuch für 1911“ (Preis 4 Mk.) einen entschieden glücklichen Anfang gemacht. Besonders ist das reichend ausgestattete Buch, das übrigens in diesem Jahrgang Marie v. Ebner-Eschenbach gewidmet ist und auch ein Bruchstück aus ihren Kladderbüchlein enthält, zur Einführung in die Fragen der Frauenbewegung zu empfehlen. Aber es ist auch für Erfahrene ein brauchbares Nachschlagewerk. Es bringt, zwar leichtweg amfaffende, aber doch recht umfangreiche Zusammenstellungen von Frauen-Zeitschriften, Frauenvereinen und Frauenclubs, u. a. auch eine ganz gut verfaßte Uebersicht von größeren und kleineren Frauen-Schriften aus sozialen Gebieten. — Das „Kalendarium mit Merkmalen“ beginnt das Buch eine Reihe von leeren Blättern „zur Geschichte des Jahres“ schließt ab. Der weitläufige umfangreiche Mittelteil enthält neben einigen novellistischen Beiträgen von keinem Geldmad eine ganze Reihe von Aufsätzen sachlichen Inhalts: Uebersicht über den Stand einiger Frauenberufe, Berichte über landwirtschaftliche Frauen-Schulen und Reformschulen, über soziale und kommunale Arbeit der Frau, biographische Skizzen u. A. Ueber Ziele und Wesen der Frauenbewegung spricht Prof. J. Buchgrau in seiner letzten, sympathischen Weise.

Prinzregent Luitpold von Bayern.

(In seinem 90. Geburtstag (12. März 1911).)

Von Dr. Karl Mayerhofer (München).

Wie Kaiser Wilhelm I., mit dem er das Erreichen eines wahrhaft patriarchalischen Lebensalters, des 90. Jahres, gemeinsam hat, hätte auch Prinz-Regent Luitpold von Bayern in seiner Jugend- und Manneszeit niemals daran gedacht, daß er in einem

Alter, da die meisten Menschen sich von den Geschäften und Lasten der Welt zurückziehen, die Geschichte eines Landes werde zu leiten haben. Ein langes Leben — 65 Jahre — botte der Prinz schon hinter sich, als die immer düsterer sich gestaltenden Verhältnisse im Hause Wittelsbach ihn zur Reichsverwesung beriefen. Die Auspizien, unter denen er die Regierung antrat, waren wahrhaft schrecklich: Ludwig II. von Bayern war seit einer Reihe von Jahren von zunehmender Geisteskrankheit befallen; sie hielt ihn von den Menschen fern, jagte ihn die Nacht hindurch über Pässe und Gebirgsflügel oder hielt ihn in einem jener burgartigen Schlösser gefangen, die er sich, aus einem Hauch von romantischer Schöneit und Irrsinn befehlend, in seinen geliebten Bergen hatte aufstürmen lassen. Es gab, besonders wenn der König kuckstarrig von Schloß zu Schloß jagte, Tage, da kein Mensch wußte, wo die eigentliche Regierungsgewalt lag; der König selbst gab sie in die Hand seiner Priester und Rechtskräfte, die er mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraute. Als der Zustand des Königs in offenen Irrsinn überging, konnten sich die Anwärter und Räte der Krone der Notwendigkeit nicht länger entziehen, Ludwig II. für geisteskrank erklären zu lassen und einen Stellvertreter zur Regentschaft zu berufen. Das Anrecht darauf hatte der Königs jüngerer Bruder, Prinz Otto gehabt, der indes schon seit einer Reihe von Jahren völlig geisteskrank und daher unfähig zur Übernahme der Reichsverwesung war. So mußte denn als der nächste Anwalt Prinz Luitpold, der Dunkel der beiden Prinzen, die Regentschaft antreten. Auf ärztliche und staatsrechtliche Gründe gestützt, erklärte er am 10. Juni 1886 im Verein mit dem gesamten Staatsministerium die Übernahme der Regentschaft des Reichsregenten und berief die beiden Kammern des Landtages, um ihre verfassungsgemäße Zustimmung einzuholen und den Eid vor ihnen leisten zu können.

Ohne Zweifel waren die ersten drei Tage in der Regentschaft des Prinzen Luitpold überhaupt die schwierigsten und bedeutungsvollsten, die er je erlebt hat; daß er sich mit Festigkeit und Last in dem nun folgenden Sturm von Katastrophen behauptet hat, ist gewiß eines der besten Verdienste seiner ganzen Regentenschaft. Ganz Bayern war durch die Ereignisse aufs tiefste erregt, aber die nun eintretende Katastrophe erfüllte einen großen Teil der Bevölkerung mit lebensschmerzhaftem Mißtrauen gegen die neue Regierung, Ludwig II., der die Regierungskommission, die ihn von der Verantwortung der Dinge Mitteilung zu machen sollte, gefangen genommen und, glücklicherweise erfolglos, ohne weiteres zum Tode verurteilt hatte, wurde selbst in Gewahrsam genommen und nach Schloß Berg am Starnbergersee überführt. Mit einer letzten Anstrengung verachtete der gesteskrankte König, das unabwehrbare Schicksal zu beschwören; er rief die Landbevölkerung und sogar Vikar zu seiner Hilfe auf, schließlich aber suchte er, ohne daß irgend eine derartige Absicht zu merken gewesen wäre, den Tod in den Wassern des Starnbergersees, in der Nähe des Schloßes Vete. Dies alles spielte sich innerhalb dreier Tage ab: am 18. Juni 1886 wurde der König mit seinem Leibarzt Dr. Gudden aus dem See gezogen.

Das Volk hatte Ludwig II. trotz seines Menschenhaffes und seiner Irrten, dem Lande schädlichen Taten geliebt und vor allem die Landbevölkerung, die er weniger geliebt hatte als die Städte, hing an der auch in ihrem Wahn noch imponierenden Königsgestalt mit wirklich tiefer Liebe. Kein Wunder, daß der neue Regent im Anfang schwer um die Liebe des Volkes zu ringen hatte. Doch Prinz Luitpold war ein erfahrener Mann, der schon über 60 Jahre bayerischer Geschichte miterlebt hatte und vor allem ein Charakter von vornehmer Zurückhaltung — eine Eigenschaft, die gerade in den ersten stürmischen Zeiten die einzige Möglichkeit bot, den Sturm zu brechen.

Prinz Luitpold, zur Zeit seines Regierungsantritts bereits den Siebziger Jahren nahe, war am 12. März 1821 in dem prächtigen Schloß Bayern, in der Residenz in Würzburg, dem alten Wert

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 10. März 1911.

Nachklang zur letzten Bürgerauschussführung.

In der letzten Bürgerauschussführung, in welcher u. a. auch die Gehaltsaufbesserung der Orchestermitglieder des Hoftheaters um 300 M. beschlossen wurde, machte der Herr Oberbürgermeister die überraschende Mitteilung, daß das maßgebendste Mitglied der Orchestervertretung erklärt habe: „Wir sind sehr zufrieden mit dem, was der Stadtrat uns bewilligt hat, wir finden die Zulage von 300 M. sehr anständig.“ Es ist selbstverständlich in den Worten des Herrn Oberbürgermeisters kein Zweifel zu setzen. Aber gerade deshalb darf diese Äußerung, die mit Recht unter den Mitgliedern des Bürgerauschusses allgemeine Bewegung hervorrief, nicht unüberprüft bleiben. Innerhalb der letzten zwei Jahre haben die Orchestermitglieder drei Eingaben an den Stadtrat gerichtet, ihre Bezüge um 500 M. zu erhöhen und wiederholt ausdrücklich gebeten, ihrem Gesuch ohne Einschränkung Folge zu geben. Sie würden sich doch nun in Widerspruch mit sich selbst setzen, wenn sie nun mit einer Erhöhung ihrer Bezüge von 300 M. zufrieden wären. Wenn „das maßgebendste Mitglied der Orchestervertretung“ sehr zufrieden mit der Zulage ist, so ist das keine persönliche Sache; jedenfalls war diese Erklärung durchaus unzutreffend für die übrigen Orchestermitglieder und nicht in ihrem Sinne, denn sie können selbstverständlich diese Ansicht nicht teilen. Der betreffende Herr wollte mit der dem Herrn Oberbürgermeister gegebenen Erklärung auch wohl nur zum Ausdruck bringen, daß die Orchestermitglieder dem Stadtrat- und Bürgerauschusskollegium für die Erhöhung ihrer Bezüge dankbar wären. Gewiß, die Mitglieder des Orchesters sind dem Stadtrat und dem Bürgerauschuss für die Erhöhung ihrer Gehälter dankbar, aber sie haben doch wohlrechtlich anerkennend keine Veranlassung zur Zufriedenheit, und dies um so weniger, als beispielsweise die Hauptlehrerinnen eine Gehaltserhöhung von über 900 M. mit einem Höchstegehalt von 3000 M. bewilligt wurde, während den Orchestermitgliedern nur eine Erhöhung von 300 M. mit einem Höchstegehalt (in 21 Dienstjahren!) von 2800 M. bewilligt wurden. Auch der Umstand, daß die Musiker — mit den Bezügen der Stadt-Beamten verglichen — in die Klasse G fallen, in welcher Erheber, Gerichtsschreiber etc. eingereiht worden sind, hätte wohl Veranlassung geben sollen, ihnen die 500 M. voll zu bewilligen, so daß der Höchstegehalt wenigstens 3000 M. betragen hätte.

Nun, ein Trost bleibt wenigstens den Herren vom Hoftheaterorchester. Der Herr Oberbürgermeister hat es ausgesprochen: „Der Stadtrat ist sehr gern bereit, bei späterer Gelegenheit wieder an die Orchestermitglieder zu denken.“ Es ist zu hoffen, daß diese Gelegenheit sich recht bald findet, womöglich schon nächstes Jahr, denn daß die Herren, die ein teures und mühsames Studium hinter sich haben und an welche die größten künstlerischen Anforderungen gestellt werden, auch nach der Erhöhung ihrer Bezüge um 300 M. noch weniger erhalten als die I. Klasse der städtischen Arbeiter, wie dies ein Stadtvorstandsmann ausführte, kann unmöglich ein befriedigender und zufriedenstellender Zustand genannt werden. Noch tiefer trauriger sind aber die Pensionen, und Witwenversorgungsverhältnisse dieser schwer und selten ringenden Künstler, wie dies an dieser Stelle schon einmal ausgeführt wurde. Nachdem sich bereits die Öffentlichkeit mit dieser Angelegenheit beschäftigt hat und die Frauenvereine Frauenbildung-Frauenstudium und Verein für Frauenstimmrecht eine Eingabe an den Stadtrat und Bürgerauschuss wegen Regelung der Witwenversorgung der Orchestermitglieder gemacht hat, duldet diese Angelegenheit keinen Aufschub mehr.

*** Zur Parteiverammlung im Abteilungsraum.** Es ist vielfach die Meinung verbreitet, daß von den Damen, die morgen abend an der Stresemann-Verammlung teilnehmen wollen, nur die selben werden werden können, die amputierten Mitglieder des Abteilungsraumes besetzt werden dürfen. Wir möchten ausdrücklich festhalten, daß es den Damen unbenommen ist, jeden anderen Platz unten im Saal oder auf der Empore einzunehmen. Die beiden vorderen Reihen der Empore sind nur reserviert, um den Damen Gelegenheit

zu geben, von den vortheilhaftesten Plätzen des Saales aus dem Vortrag zu folgen.

*** Besetzt wurde Bezirksdeputierter Hermann Wademüller in Weindorf nach Willingen.**

*** Bezirksrat.** In der gestrigen Bezirksratsitzung wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: Genehmigt wurden folgende Beschlüsse: Um Erlaß zum Betrieb einer Schankwirtschaft ohne Branntweinauskauf des Egidius Metz, Auguststr. 40, des Franz Rietz, C 3, 20, des Martin Rajchold, Rheinamstraße 1, und des Joh. Schumacher, H 5, 24; der Gemeinnützigen Gesellschaft für Milchwirtschaft am Erlaß zum Auskauf alsbaldiger Getränke, der Tac. Diebler, Ebelstein in einer Verkaufsstube am Osterhofstraße und des Carl Ehrhard in einer Trinkhalle an der Industriestraße; um Erlaß zur Verlegung der Schankwirtschaft ohne Branntweinauskauf: des Julius Reiter von Al. Waldhoffer, 2 nach J 4, 11a, des Friedr. Reuber von Westwallstraße 37 nach Kippenstraße 3, der Georg Hecht, Ebelstein von Jungbühlstraße 18 nach G 6, 17 und des Wilhelm Müch von Schwegelstraße 17 nach Redarnerstraße 120, mit Branntwein; der Branntwein-Gesellschaft Ebelstein am Erlaß zum Betrieb einer Schankwirtschaft F 4, 8/9, desg. Joh. Kragmeier, Tatterstraße 17; der Firma Tschöke u. Vogt um Erteilung der wasserpolizeilichen Erlaß zum Einleitung der Kessel der Maschinen an der Altrippstraße in den Rheinauenwässerungskanal; des Wilhelms Adolfs Baerle um Erteilung der wasserpolizeilichen Genehmigung zur Einleitung von Kesseln in den Rhein. — Abgelehrt wurde das Gesuch der Justine Heidel um Erlaß zum Betrieb einer Schankwirtschaft mit Dr. Schwegelstraße 10. — Dem Gesuch der Barbara Diebler um Verleitung ihrer Wirtschaftsgenossin, K 2, 18, wurde entsprochen. — Verlesen wurde der Anna Dorr das Gesuch um Erteilung eines Erlaßbeschlusses G. — Verlesen wurde die Beschwerde des Bäckermeisters Wg. Dorr, Heidenheim gegen eine ungesetzliche Verfügung.

*** Der Abtrieb von Schlachtwich aus dem hiesigen Viehhof ist wieder gestattet.**

*** Die Gefangenhaltung, ihre Pathologie und ihre Reform.** Der Vorstand der Abteilung Mannheim des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium hat es sich zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder zu lebendiger Anteilnahme an allgemein interessierenden Fragen zu führen. In diesen Fragen gehört namentlich auch die der Gefangenhaltung. Der Vorstand hat sich erfolgreich bemüht, das genannte Thema vorzubereiten zu lassen. Herr Universitätsprofessor Max Drach-Heidelberg wird es kommenden Mittwoch, 15. d. Mts., nachmittags 7 1/2 Uhr, in der Voge-Halle zur Einführung, 1. 8. 9, in einem Vortrag beleuchten. Die Reformbestrebungen auf dem Gebiet des Gefangenwesens erfüllen weite Kreise mit lebhaftem Interesse; auch die Mannheimer Frauenwelt dürfte sich über sie gerne und so vernehmlich unterrichten. Der Vortrag ist für Vereinsmitglieder frei; Nichtmitglieder zahlen 1 Mark.

*** Der russische Aufmarsch gegen China.** Unter diesem Titel bringt die neueste Nummer der „Mannheimer Illustrierten Zeitung“ einen ausgezeichneten Artikel über Turkestan, das Aufstehen zu einer Operationsbasis gegen China benutzen möchte; die Illustrierten dazu sind nach Spezialaufnahmen des Orientalisten Otto Jahnke angefertigt und zeigen das Leben und Treiben in Samarkand und Buchara. Derselbe Artikel enthält auch ein hübsches Tableau vom Karakorum, und dem das Bild von der „Ingenieur-Laboratorium“ über dem Hauptportal in Nizza besonders interessieren wird. Das Bild zeigt eine Aufnahme vom Nansen in Antarktis, bei dem von der Pariser Modedesignerin zum ersten Male eine Ovaleckform abgehalten wurde.

*** Obenwäldchen Mannheim-Obendörfer.** Mit dem vom Klub am letzten Sonntag veranstalteten Sonderzug nach Heidelberg haben trotz der schlechten Wetterbedingungen ca. 450 Damen und Herren in den frühen Morgen hinaus. Der erste Teil der sehr ausdauernden Tour über die Arelbacher Höhe, Siedelbrunn, Hardberg bis zur Siedelhöhe wurde bei Regen und nachherigen Gewitterregen zurückgelegt. Klein eider Touristenzeit ließ ob der Wetteränderung keinen Verstand aufkommen. Gegen 11 Uhr, beim Aufstieg zur Siedelhöhe, haben sich vollends die dunklen Regenschichten und ihre letzten Reste verstreut in der Höhe. Bärmer Sonnenschein durchlief das dunklere Steinschnee- und Giebelgebirge und ergoß sich auf die benachbarten Höhen und Dörfer, jedoch im weiteren Verlauf der Wanderung über den Donarbachkopf, am Westabhang des Weisberges entlang bis hinab nach Dellbrunn, die reiche Mannigfaltigkeit der landschaftlichen Umgebung zur besonderen Geltung kam. Nach 12 Uhr, als der Regen im Süden zu hellen Regenschichten wurde die Wanderung durch schöne Waldwege zur Höhe des Kiefernwaldes fortgesetzt und bei prächtigem Sonnenschein zogen die Teilnehmer einzeln, einzeln bis zum Regenwald, andererseits nach Westen bis zum Adelswald und Weidenfeld, so von der Spitze des Weisberges aus bis nach den Wäldchen unter Hinter Heilbrunn und gegen Süden bis zu den Höhen des nördlichen Schwabwaldes. Schon hatten sich die ersten Regenschichten über das Neckartal gelegt, als der letzte Trupp von den Höhen niederstieg. Schon haben sich die dunklen Schichten des Dörfes Heilbrunn am Fernenbühlchen östlich ab und in möglichster Frucht gewährte die große Siedel des zunehmenden Mondes über der im Abendhimmel liegenden herrlichen Umgebung von Redarnerhöhe. — Im Gahnd zum „Zahl“ fand das übliche gemeinsame

Essen statt, 8 Uhr 30 Uhr der auch für die Rückreise vorgesehene Sonderzug in Mannheim ein.

*** Aus Ludwigshafen.** Infolge des heute früh begonnenen Verkaufs der Jubiläumspostwertzeichen an Anlaß des 90. Geburtstages des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern fand ein kolossaler Verkehr auf den hiesigen Postanstalten statt. Wer sich Postkarten, Wertzeichen usw. erwerben wollte, mußte sich mit Gewalt zu den Postkassentischen arbeiten. Der vorhandene Vorrat ist bereits ausverkauft. Den glücklichen Besitzern wurde für die von ihnen mit Mühe und Not erstandenen Jubiläumswertzeichen das 5- und 10fache ihres Wertes geboten. In einem Falle sogar 3 Mark für eine 10 Pf.-Marke. In der Hauptkassette werden die Käufer Sammler gewesen sein, da die Jubiläumspostwertzeichen später jedenfalls großen Wert erhalten werden.

Vergnügungen.

*** Cafe Carl Theodor.** Abends hat die gemütliche Kanne von einem äußerst zahlreichen Publikum gefüllt, welches den Leistungen des Italien. Herrenorchesters Macchiaioli reichen Beifall spendet. Zugaben werden von dem fleißigen Orchester gerne gegeben. Der Macchiaioli ist hier beliebt und verehrt, es durch sein gemittelted Weien sich immer neue Freunde zu erwerben. Die neue Leitung des Cafes liegt in bewährten Händen. Mit Freunden ist eine sehr täglich heizende Freuden zu verzeichnen.

Aus dem Großherzogtum.

† Seddenheim, 8. März. Am nächsten Samstag, den 11. März, abends 8 Uhr, veranstaltet der Verein für Volkshilfe, ländliche Wohlfahrtspflege und Heimatschutz „Badiische Heimat“, Abteilung Heidelberg, im „Badiischen Hof“ in Seckenheim einen öffentlichen Vortrag mit Lichtbildern über „Rachnachtstrände“. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Dr. Eugen Rehrle, Doktor an der Universität Heidelberg, wird in seinem Vortrag verschiedene Frühjahrsstrände berühren, die sich in Seddenheim selbst noch erhalten haben, um deren Entstehung und tiefere Bedeutung darzulegen.

† Seddenheim, 9. März. Die Bürgerauschussführungen in hiesiger Gemeinde nehmen in letzter Zeit einen Verlauf, der gerade nicht geeignet ist, das Ansehen dieser Einrichtung und auch das der Gemeinde zu heben. Es muß konstatiert werden, es ist ein berechtigtes und keine trübe Zukunft verheißendes Zeichen, in welcher Zeit und Weise von einzelnen Mitgliedern der Wand voll genommen wird. Hier muß endlich einmal ein Regel vorgegeben werden. Der Anfang wurde gestern Abend gemacht. Mit Spannung wurde die Sitzung erwartet. Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Vorschlags. Zur näheren Erklärung sei hier folgendes vorausgeschickt: Seit Jahren leidet die Gemeindefinanz an der tatsächlichen und unangenehmsten Art der Abnahme eines Zustandes von 10 M. In der Bürgerauschussführung vom 21. Dezember letzten Jahres beantragte die sozialdemokratische Fraktion Streichung dieser Summe im neuen Haushaltsplan. Eine Abstimmung ergab aber die Wiedereröffnung dieser Beiträge in den Haushaltsplan pro 1911. Nun soll aber das Budget, Bezirksamt eingegriffen und im Interesse des Friedens in der Gemeinde dem Gemeinderat die Streichung dieser Summe nahe gelegt haben. Die Bürgerauschussführung wurde nach 8 Uhr durch Bürgermeister Hecker eröffnet. Der Vorschlag wurde verlesen. Als es zur Abstimmung kommen sollte, wurde zu der Position „Anschüsse an die beiden Kirchgemeinden“ aus der Mitte der bürgerlichen Parteien die Anfrage gestellt, warum die in der Sitzung vom 21. Dezember 1910 bewilligten Anschüsse nicht im Haushaltsplan erschienen. Nachheriger Meinung gab auf Erfragen ein Schreiben des Bezirksamts vom 8. d. Mts. bekannt, wonach es gegen den Anschluß nichts einzuwenden habe, sofern der Gemeinderat für die Aufnahme sei. Dadurch kam der Gemeinderat in eine Zwangslage. Eine sofort beantragte Abstimmung unter dem Gemeinderat ergab die Ablehnung des Vorschlags mit 5 gegen 1 Stimme. Die vorausgehenden war, wurde jedoch der ganze Vorschlag mit 10 Stimmen der verschiedenen bürgerlichen Parteien gegen 3 Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. Es war eine Kränkung. Zu bedauern ist, daß einige Mitglieder nicht den Mut fanden, ihre Meinung offen zu bekunden, es vielmehr vorzogen, durch Abwesenheit zu glücken.

Communalpolitisches.

† Stuttgart, 10. März. Die Gemeindefinanz haben in ihrer letzten Sitzung die Errichtung einer simultanen Ollschule beschlossen. Die Organisation ist in der Weise gedacht, daß die Hülfschule zunächst in 10 Klassen diejenigen Schüler, etwa 200, aufnehmen soll, welche in den hiesigen Volkshäusern nicht recht mitschlagen. Es sollen auf 1 Lehrer nicht viel mehr als 20 Schüler kommen. Mit Rücksicht auf die mangelhafte Vergütung dieser Schüler soll auch die Unterrichtszeit erheblich kürzer sein als in den Volkshäusern. Eine besondere Veranlassung an die Verleser in Form eines höheren Gehalts oder einer Zulage, wie sie von einigen Seiten befohlen wurde, wird, vorläufig wenigstens, nicht gemacht werden. Die Hülfschule wird auch einen besonderen Vorstand erhalten. Diejenigen Schüler, die ein Jahr über die Hülfschule Schulpflicht hinaus in der Hülfschule belassen werden, lösen vom Versuch der Allgemeinen Fortbildungsschule befreit sein.

des großen Hofmeisters Volkmar Neumann geboren. Er war der dritte Sohn des genialen Königs Ludwig I. und seiner Gattin, der Prinzessin von Sachsen-Coburg-Gotha. Seine beiden älteren Brüder waren Prinz Maximilian, der spätere Max II. von Bayern und Prinz Otto, der 1893 im Triumph nach Griechenland zog, um dort König zu sein, allerdings nur für kurze Zeit, denn der mehr als romantische Jüngling als auf politischen Realitäten errichteten Thron fürzte gar bald zusammen. Im Gegensatz zu seinen beiden Brüdern blieb Prinz Luitpold bis zu seinem Alter, als eben die Ereignisse ihn dazu brachten, der Politik im großen und ganzen fern. Er wählte schon in früher Jugend das Waffenhandwerk, und zwar als spezielle Waffengattung die Artillerie. Nach gut bayerischer Sitte hatte er dabei, obwohl er königlicher Prinz und bereits majorenn war, noch im Alter von 18 Jahren (im Jahre 1839) drei Wochen als gewöhnlicher Artillerist zu dienen; er war Bombardier und Feuerwerker wie jeder andere Soldat auch. Diese demokratische Annäherung an die noch aus der Zeit des Absolutismus stammte, wurde übrigens erst in den achtziger Jahren des verflochtenen Jahrzehnts abgeschafft: bis dahin hatte jeder Prinz die Pflichten eines gemeinen bayerischen Soldaten wenigstens einige Wochen lang zu erfüllen. An seinem 21. Geburtstag erhielt der Prinz das Hauptmannspatent, 1839 wurde er Inhaber des 1. bayerischen Artillerieregiments, vier Jahre darauf Generalmajor und Kommandeur der ersten Infanterie-Brigade, 1848 Generalleutnant und Artillerie-Korps-Kommandant. Am 4. August 1850 erhielt er das Kommando der 1. Division und hierauf erstieg er die höchsten Stufen in der bayerischen Armee: er wurde nacheinander General-Feldzeugmeister und Generalinspektor der bayerischen Armee. Im Jahre 1866 führte Prinz Luitpold eine der vier bayerischen Felddivisionen gegen Preußen und machte an ihrer Spitze das Gefecht bei Helmstedt in Unterfranken mit, in dem sein ältester Sohn,

Prinz Ludwig, der jetzige Thronfolger, an seiner Seite schwer verwundet wurde. In diesen Jahren des Aufstieges zwischen Nord und Süd, bei dem Bayern zwischen Preußen und Preußen zu wählen hatte, stand der Prinz nicht nur militärisch, sondern auch politisch gegen Preußen. Das bewies er noch im Januar des Jahres 1870, als er in der Reichstagskammer mit der Partei ging und stimmte, die den Kaiserlichen Hochadel-Schillingfürst fürzte. Die politische Abneigung gegen das durch Bismarcks Erobererergott furchbar gewordene Preußen, die der Prinz mit vielen durchaus nicht kurzfristigen Politikern der Elbthronen teilte, hinderte indes nicht, daß er schon längst die gemeinsame große deutsche Idee erkannte. Schon 1849 hatte er in derselben Kammer der Reichsräte die Einigung Deutschlands als das „beherzliche angestrebte Ziel“ bezeichnet. Damit folgte er der wittelsbachischen Tradition, von der auch sein älterer Bruder, König Max II. durchdrungen war, als er sagte: „Wir wollen Deutsche sein und Bayern bleiben.“ Den einzigen möglichen Weg zu diesem Ziel erkannte Prinz Luitpold bereits wenige Monate nach seiner gegen Preußen gerichteten Abstimmung in der Reichstagskammer: der Gang und die Logik der großen Ereignisse lehren auch ihn die einzige Möglichkeit, deutsch zu sein und bayerisch zu bleiben, erkennen, und so finden wir ihn denn vom August 1870 bis zum 8. März 1871 im Hauptquartier des Königs Wilhelm. Mit diesem hat er Gräfin Lotte, Sedan und den großen Tag von Versailles erlebt; er ist einer der wenigen noch lebenden Zeugen der Kaiserproklamation und von ihnen jedenfalls der älteste. (Schluß folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Protokoll gegen das Preisgericht für das Bismarck-Nationaldenkmal. Der Künstlerverband deutscher Bildhauer protestiert beim Kunst- und Bauausschuss des Bismarck-Nationaldenkmals

für die Ellenhöhe bei Wingen dagegen, daß Professor Hermann Hahn (München), der ursprünglich dem Preisrichterkomitee angehörte, sich gleichwohl am Wettbewerb beteiligt habe, und sogar mit dem ersten Preis ausgezeichnet worden sei. Es hätte zudem der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden müssen, daß Hahn aus dem Preisgericht ausgetreten sei und mitkonkurrieren wolle. Dies hat aber nicht geschehen, wodurch jener Verlust gegen die Wettbewerbsnormen der Künstler noch bedeutend erhöht wurde. Die Entscheidung des Preisgerichts wird auch sonst und im allgemeinen vom Künstlerverband deutscher Bildhauer beanstandet. Dazu tritt Professor Hahn mit, daß er bereits acht Monate vor Ablauf des Wettbewerbs aus dem Preisrichterkomitee ausgeschieden ist und niemals einer Sitzung des Komitees beigewohnt hat. Er konnte also auch nicht mehr Geschäftsanteile erwerben, die ihm bei seiner Arbeit einen Vorteil verschafft hätten, wie jeder andere an dem Wettbewerb beteiligte Künstler.

Kleine Mitteilungen. Eugen v. Alberts neue komische Oper führt den Titel „Die verzeihliche Frau“. Das Buch stammt von Rudolf Lohar, der, wie man weiß, v. Albert und das Buch für „Liedland“ lieferte. — Für die Große Berliner Kunstausstellung 1911 ist eine Ausstellung monumentaler Malerei in Vorbereitung. An dieser Ausstellung wird schon seit einem Jahr gearbeitet. Wie die gewisse diesjährige Kunstausstellung, wird auch diese Sonderausstellung ausschließlich deutschen Charakter tragen. — Eine interessante Ausstellung wird demnächst im Städtischen Museum zu Berlin eröffnet werden. Es sollen nämlich in einer deutschen Ausstellung ausschließlich Werke solcher Künstler vereinigt werden, die von allen Einflüssen des französischen Impressionismus völlig frei sind. Aus der Reihe der vertretenen Künstler seien hervorgehoben: Eduard v. Gebhardt, Walter Leistikow, Ludwig Richter, Gustav Schulze und Hans Thoma.

Aus dem Großherzogtum.

14. März. Die Verhältnisse eines gehobten Irden auf der Bahndrehscheibe in Eisenmündel konnte nach nicht festgestellt werden, da sich bei dem Toten keinerlei Merkmale fanden, die auf eine Spur führen könnten. Bei dem Selbstmorde wurden an den Asteuern sämtliche Anzüge und aus dem Orte das Quittanten entfernt, um dadurch die Möglichkeit einer Nachforschung zu erschweren. Der Leichnam wurde am 13. März auf der Plattform des Eisenbahnhofs eines der Stationen verbleibenden Zugwagens verladen zu haben und dann auf den Bahndrehscheibe herabgeworfen zu sein.

14. März. Im Monat Februar haben hier im ganzen vier Personen, die zusammen ein Alter von 22½ Jahren hatten, einen Selbstmord begangen.

14. März. Wegen vorzeitigem Ausbruch in der hiesigen Betriebswerkstätte der Eisenbahnen eine Gasexplosion. Diese hatte ihren Ursprung in der Gasanstalt, in der das Gas für die Beleuchtung der Eisenbahnhöfe hergestellt wird. Der Schaden am Gebäude etc. wird ca. 500 M. betragen.

Handwerkerbewegung und Gewerbeleben.

Die Sonntagsgesetze in Berlin. Ueber die Einschränkung der Sonntagsgesetze in offenen Verkaufsstellen hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, folgendes Ortsstatut zu erlassen: In offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes dürfen Geschäfte, Verkäufe und Arbeiter — abgesehen von 1. Weinhandlung, Bier- und Pfingstlager, an denen ihre Beschäftigung überhaupt unterliegt — an Sonn- und Feiertagen in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Okt. nur von 8—10 Uhr vormittags und in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai nur von 12—2 Uhr mittags beschäftigt werden (sonst nicht Ausnahmen durch die hierfür zuständigen Behörden gestattet werden. Diese Einschränkung soll auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie auf den Handel mit Blumen keine Anwendung finden. Der Magistrat ist diesem Statut der Stadtverordneten-Versammlung beizulegen unter der Voraussetzung, daß die an Berlin angrenzenden Bezirke eine gleiche Regelung der Sonntagsgesetze treffen.

Eine Kommission zur Ueberwachung des unlauteren Wettbewerbs haben in Preußen 1. B. die Handelskammer, die Handwerkerkammer, der Verein der Kaufmannschaft und der Detailhändlerverein gebildet. In erster Reihe steht die obgenannte Kommission die Aufsicht über die angestrebte Geschäftsklasse an. Sie bewacht, durch Beobachtungen der Geschäftsanlagen die Höhe gegen das Wettbewerbsgesetz und gegen die gute kaufmännische Sitte zu wahren, um so auf dem Wege der Selbstkritik die das rechtliche Gewerbe schwer schädigenden Mißstände zu beseitigen.

Von Tag zu Tag.

Man muß sich zu helfen wissen. Eine eigentliche Festsitzung haben die Dberamner gauer erhalten. Ihr Wochenblatt, die „Ammergauer Zeitung“, hatte, wie einem Mittagsblatt mitgeteilt wird, wieder eine Festsitzung herausgegeben, die aber nur den Titel „Festsitzung“ trug und zwei leere Seiten umfaßte mit der vielgelobten Aufschrift: „Am den ständig wiederkehrenden Beleidigungsprozessen, die uns die Ausgabe der Festsitzungsummer alljährlich einbrachte, vorzuziehen, haben wir heute den Text herausgelassen und sind uns so sicher, niemand beleidigt zu haben.“ Die Redaktion.

Ein Glücksfall. Halle, 9. März. Der 37-jährige Buchhalter Albert Hof, ein früherer Angestellter einer Weihenstephaner Brauerei, schied im Dezember v. J. mit einem Vermögen von 10 000 und 25 000 Mark auf den Namen seines ehemaligen Prinzipals. Mit dem Geld fuhr er nach Monte Carlo, um sein Glück zu machen. Er gewann zuerst 7000 M., verlor es dann aber sein ganzes Geld. Als die gefälligen Verluste fällig wurden, kam der Betrag heraus. Ein Weihenstephaner Bankhaus deponierte nun an Hof, daß er ein größerer Betrag für ihn habe. Hof lief auf diese Halle herein. Er schied zurück und wurde verhaftet. Er hatte von den Geldern nur noch 38 M. Hof ist verheiratet und Vater dreier Kinder.

Das Unglück des Hofenrodes. Wien, 10. März. Das Erdbeben von Tomen im Dezember führte wiederholt zu Auswanderungen seitens junger Frauen. Mehrfach mußten die Tamen vor der Wange in Goldschmieden flüchten, wenn sie auch keinen Dolmetscher anboten. In einer Privatwäscherei wurde eine Schürze im Hofenrod dem Direktor angefordert, das Haus zu verlassen und in anständiger Kleidung wieder zu kommen.

Amerikanisches Duell eines Siebzehnjährigen. In Graz wurde der siebzehnjährige Bohntschneiderlehrling Wilhelm Wally, Sohn des früheren Besitzers des Societät Weitzer Schimmel, als Leiche aufgefunden. Neben der Leiche lag eine Revolverpistole. In der Brusttasche des Jungen wurde die Photographie eines Mädchens und ein Blatt gefunden, auf dem geschrieben stand: „Gade mit am 7. III. das Leben genommen. Der Grund ist meine Liebe.“

Wie das „A. S. Tageblatt“ erfährt, haben die von der Gerichtskommission geschlossenen Erhebungen mit ziemlicher Sicherheit festgestellt, daß Wally das Opfer eines amerikanischen Duells geworden ist, das er mit einem Freunde wegen eines Mädchens vereinbart hatte. In Verfolgung der Anklagen hat die Staatsanwaltschaft einen Freund Wallys, Rudolf Weller, mit dem Wally noch am Tage vorher zusammen war, in Haft genommen.

Die Revolution der Volksschüler. Paris, 9. März. Wie das Satirische nach dem Drama wirkt es, daß gegen die Schüler einer Volksschule in Rennes den Ausschlag erklärten, weil man sie nicht zu einer Theatervorstellung führte, die andere Schüler besuchen durften. Die unternehmende Jugend zog entschlossen zur Arbeitstätte und verlangte eine rote Fahne, um nach allen Gewerkschaftskriterien den Umsturz zu verhängen. Man weigerte sich jedoch die Standards der Revolution den allzu schwachen Händen dieser „Genossen“ anzuvertrauen.

Neuer Winter in Spanien. Madrid, 10. März. Nach zwei Monaten fortgesetztem Frühlingswinter hat plötzlich wieder früher Winter eingekehrt.

Schwere Sittlichkeitsverbrechen. Kopenhagen, 10. März. Ansehen erregt die Verhaftung einer Reihe von ersten Gesellschaftskreisen angehörenden Personen, die sich schweren Sittlichkeitsverbrechen schuldig gemacht haben.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

10. März. Die Reichsstaatskommission für die Reichsverfassung hat die zweite Sitzung des Entwurfs für die Reichsverfassungsänderung. Eine dritte Sitzung über die Vorarbeiten wird nicht in Aussicht genommen.

10. März. Die Reichsstaatskommission für die Reichsverfassung hat die zweite Sitzung des Entwurfs für die Reichsverfassungsänderung. Eine dritte Sitzung über die Vorarbeiten wird nicht in Aussicht genommen.

10. März. Die Reichsstaatskommission für die Reichsverfassung hat die zweite Sitzung des Entwurfs für die Reichsverfassungsänderung. Eine dritte Sitzung über die Vorarbeiten wird nicht in Aussicht genommen.

10. März. Die Reichsstaatskommission für die Reichsverfassung hat die zweite Sitzung des Entwurfs für die Reichsverfassungsänderung. Eine dritte Sitzung über die Vorarbeiten wird nicht in Aussicht genommen.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 10. März. Heute mittags gegen 12 Uhr wurden die Geschwister Blacquet von zwei Kriminalbeamten verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert. Eigentlich sollte nur Rosa Blacquet verhaftet werden, aber wohl oder übel mußten unter den abweisenden Aufständen die beiden Schwestern zusammen abgeführt werden. Es soll sich um Betrugs-Differenzen mit einem ausländischen Unternehmer handeln, den die beiden Schwestern geführten.

Berlin, 10. März. Die Verhandlung vor dem Oberkriegsgericht gegen den Fabrikanten v. Dieblich, der auf Wache in der Jungfernhöhe einen Mann erschoss, endete mit der Freisprechung, da das Oberkriegsgericht weder beachtliche noch strafwürdige Tötung, sondern Falschschußverbrechen als vorliegend erachtete. Ein neuer Moment für die Entlassung des Angeklagten war, daß vor dem Richter flüchtende Soldaten über das militärische Gelände eilten, von denen v. Dieblich einen erschoss, da er auf dreimaligen Ruf nicht stand. Daß die Angel sich verirrte und den am Boden liegenden Mann traf, den v. Dieblich nicht gesehen hatte, dafür war er nicht verantwortlich.

Eine neue Zensurbehörde in Berlin.

Berlin, 10. März. Eine neue Zensurbehörde soll in Berlin geschaffen werden. Bisher hat die Bearbeitung und Beurteilung der von der Berliner Polizei aus fittigen Gründen konzipierten Gegenstände verschiedenen Abteilungen obgelegen. Kriminalabteilung, Pressendirektion, Theaterabteilung. Infolge der zunehmenden Beschäfte mit diesen Gebieten ist angeordnet worden, die Erledigung der Angelegenheiten nicht mehr verschiedenen Abteilungen, sondern einer Stelle zuweisen. Diese neue Abteilung soll der Theaterabteilung, die unter der Leitung des Oberregierungsrates v. Gleisner steht, angegliedert werden und soll aus einem eigenen Beamten als Dezernenten bestehen. Die Bildung dieser neuen Organisation befreit sich gegenwärtig im Stadium der Vorberatung und Vorberathung. Erteilt der Finanzminister dieser neuen Organisation nicht seine Genehmigung, wird sie nicht ins Leben treten können. Eine genaue Spezifizierung des Arbeitsplans dieser neuen Zensurbehörde ist gleichfalls noch nicht erfolgt.

Das Jubiläum.

Berlin, 10. März. Die bayerischen Jubiläumstage zum Regenten-Jubiläum haben etwa 1½ Mill. M. ergeben. Von den auf Oberbayern entfallenden 448 000 M. sind München allein 301 000 M. aufgebracht. Die beiden Jubiläumspostkarten waren heute früh in der ersten Viertelstunde weggekauft. Die Leute standen vom frühen Morgen, zum Teil schon seit der Nacht an den Postämtern, wo Schlangen die Ordnung aufrecht erhalten mußten. Die Karten wurden teilweise von der Zensurkontrolle gekauft. Es sind 1½ Mill. von beiden Ausgaben gedruckt, obwohl die verbliebene Menge weggegangen wäre. Dies erregt die Erbitterung des Publikums, das bei der Ausgabe von Jubiläumskarten auch zu kurz kam.

Juwelendiebstahl im Reichstagspalast.

Berlin, 10. März. Im Reichstagspalast in der Wilhelmstraße wurde gestern ein großer Juwelendiebstahl entdeckt. Die Kriminalpolizei wurde heute früh benachrichtigt und hat die Untersuchung aufgenommen. Man hat bereits eine Spur des Diebes.

Deutscher Reichstag.

Eine fürmische Sitzung.

Berlin, 10. März. Die heutige Sitzung des Reichstages löst sich recht fürmisch an und war diesmal wegen einer Geschäftsordnungsfrage, die aber von der Rechten zu einem Angriff auf die Liberalen benützt wurde. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Abstimmung über die Resolutionen zum Postetat.

Herr v. Gamp beantragt jedoch zur Geschäftsordnung, daß die Abstimmung über die Resolution Bed-Heidelberg (Nat.) und Eichhoff (Fortd. Volksp.) wegen der Zulage für die Oberpostassistenten angelegt würde, weil nach der Geschäftsordnung nur über Resolutionen abgestimmt werden dürfe, welche zwei Tage in den Händen der Abgeordneten sind. Herr v. Gamp fügt hinzu, daß diese Resolution den gleichen Wortlaut wie eine Resolution der Budgetkommission habe, daß aber diese Resolution nur gestellt sei, um den Anklagen zu erwidern, als ob nur die Linke etwas für die Beamten tue. Unter großem Lärm erklärt Herr v. Gamp weiter, daß es etwas noch nie in den Annalen des Reichstages zu verzeichnen gewesen sei. Gegner will zunächst über die Resolution der Budgetkommission abgestimmt wissen und erwartet, daß die Abgeordneten Bed und Eichhoff ihre Resolution als gegenstandslos zurückziehen.

Mit großer Entschiedenheit weist der

Herr Bassermann

den Vorwurf der Sozialität gegen Bed zurück und tadelt die harten Worte Gamp's. (Die Rechte ruft Bassermann zu:

sie waren berechtigt). Bassermann weist darauf hin, daß das Zentrum die Materie der Resolution der Budgetkommission heraufgriff und als Antrag Giesberts eingebracht habe. Das sei das gute Recht des Zentrums, es sei aber ebenso das gute Recht aller anderen Parteien, somit würde eine vollständig verdrängte Situation geschaffen. Bassermann schlägt vor, daß die Abstimmung über sämtliche Resolutionen vorläufig ausgesetzt wird.

Burde Bassermann durch fortgesetzten Beifall der Linken und großen Widerspruch der Rechten unterbrochen, so erregt es in umgekehrtem Sinne den Ausführungen des konservativen Dr. Fischer, der sich den Antifügen Gamp's antizipiert.

30

großen Lärm

kommt es, als Dr. Fischer erklärt, daß seine Freunde die starken Antifügen Gamp's gegen Bed und Eichhoff durchaus ablehnen. Koch heftiger wird der Lärm, als Dr. Fischer diesen beiden Abgeordneten jurist. daß seine Freunde sich solchen unlauteren Wettbewerb energisch verbieten, den sie mit ihren Resolutionen getrieben hätten.

Unter lebhafter Zustimmung der Linken erwidert Eichhoff, daß schon der Abg. Bassermann Herrn von Gamp glänzend widerlegt habe. Er wüßte den Hergang, Bed und er hätten zunächst einen weiter gehenden Antrag in der Budgetkommission eingebracht, der aber abgelehnt worden sei. Dann erst habe der Abg. Dr. Fischer den Gedanken aufgegriffen und habe sich dann die Resolution der Budgetkommission angeeignet. Wenn sie im gegenwärtigen Augenblick den Antrag Bed und Eichhoff nicht eingebracht hätten, wäre die Resolution der Budgetkommission durch den Zentrumsantrag ins Statutretreffen gekommen, zumal das Haus schwach beiegt und (Gamp wie gewöhnlich nicht im Hause sei).

Abg. Bed (nat.) protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Unterstellung, als ob er sich mit fremden Federn geschmückt habe. Die Resolution sei gestern von den Nationalliberalen eingebracht worden und darauf hingewiesen worden, daß diese Resolution die der Budgetkommission sei. Dabei sei besonders darauf aufmerksam gemacht worden, daß wenn die Resolution der Budgetkommission durch das Zentrum außer Kurs gesetzt werde, ein anderer Antrag sei nicht möglich gewesen. Der Redner erhebt noch, daß auch andere Parteien die Resolution unterschrieben hätten.

Erneuter Lärm bricht los als der Abg. Gröber, groß wie immer, erklärt, daß die Vorgänge von der Linken nicht der Wahrheit entsprechend wiedergegeben seien. Das Zentrum habe erst da seinen Antrag eingebracht, als Eichhoff eingekommen sei. Gröber erklärt unter fürmlichem Gelächter der Linken, daß das Zentrum in der Kommission gegen den Antrag über die Postassistenten gestimmt habe, weil es nicht einseitig für eine bestimmte Klasse von Beamten eintreten könne.

Herr v. Gamp bezieht es als Unloyal, daß man ihm einen Vorwurf daraus gemacht habe, daß er der gestrigen Sitzung nicht bis zum Schluss anwesend sei. (Die Linke ruft ihm zu: Aber uns wird ein Vorwurf daraus gemacht!) Als Gröber erwidert, daß das etwas anders sei, entfährt wiederum großer Lärm im Saal. Gröber sucht weiterhin die Angriffe gegen die Linke zu rechtfertigen, findet aber damit nur den Beifall der Rechten.

Dann kommt wieder der Abg. Dr. Fischer zum Wort, der zunächst die Abstimmung über die Resolution der Budgetkommission verlangt. Er polemisiert wieder gegen den Abg. Bed, dem er den Vorwurf macht, daß er Unloyal gehandelt habe. Dieser Vorwurf wird von der Rechten und dem Zentrum mit fürmlichem Beifall begleitet, während auf der Linken großer Lärm entfährt.

Der Präsident Graf Schwerin-Ludwig findet bei diesem angeblichen Vorwurf nur eine Frage um Frage und ändert seine Meinung auch nicht, als von der Linken ein Ordnungsruf gegen Dr. Fischer verlangt wird. Der Lärm steigert sich noch, als Dr. Fischer noch hinzusetzt, der Antrag Bed und Eichhoff sei nur dem Agitationsbedürfnis entsprungen.

Sodann bezieht Abg. Lottmann von der Rechten, vgl. die Tribüne unter schallendem Gelächter der Linken und unter Beifall der Rechten, Redner schließt sich den Vorrednern von der Rechten an. Abg. Eichhoff solle sich freuen, immum zu sein, sonst würde er mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb in Konflikt geraten.

Abg. H. Bel (Zog.) erklärt, daß er sich in den ganzen Streit nicht einmischen wolle. Er weist auf die Bestimmung der Geschäftsordnung hin, daß zur Geschäftsordnung nicht länger als 5 Minuten gesprochen werden dürfe. Diese Bestimmung rührt noch aus den Tagen des Parlamentarismus von 1848 her und ist damals auf Antrag Gröber angenommen worden. Gröber habe heute aber 9 Minuten gesprochen. Der Antragsteller war damals Herr v. Gamp und dieser habe heute 15 Minuten gesprochen. H. Bel erklärte unter großer Heiterkeit, daß der Präsident keine Ausnahme machen dürfe, daß aber seine Profrat nach dem sich diese Bestimmung in so eklatanter Weise als unhaltbar erwiesen habe, bei der nächsten Gelegenheit die Wiederherstellung der alten Ordnung beantragen würde.

Auf die Bemerkungen H. Bel's erklärt der Präsident, daß er in Zukunft strenger nach der Geschäftsordnung verfahren werde.

Die Geschäftsordnungsdebatte wird vom Abg. Fürst Haptfeldt lebhaft bedauert; er ersucht den Präsidenten der Debatte ein Ende zu machen, da ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte nicht zulässig sei.

Gegen den Vorwurf des unlauteren Wettbewerbs verteidigt sich der Abg. Bed, indem er diesen Vorwurf der Rechten zurückweist.

Abg. Bassermann stellt gegenüber den Ausführungen v. Gamp's fest, daß es sich nicht um eine einstimmig angenommene Resolution handelt, sondern um eine solche, die mit 14 gegen 11 Stimmen angenommen wurde. Der Redner fügt hinzu, daß man verlangen könne, daß der Bericht der Kommission über die Dinge besser unterrichtet sei.

Nachdem der Sitzung im Reichstag über eine Stunde gewährt hatte, schloß der Präsident die Rednerliste und gab nur noch den bereits gemeldeten Abgeordneten das Wort. Als die Abstimmung vorgenommen wurde, kam es wiederum zu

Lärmigkeiten.

Da in der Abstimmung das Wort zur Geschäftsordnung in Form einer Anfrage erteilt wurde. Die Zentrumskommision wurde in einfacher Abstimmung abgelehnt. Die Resolution der Budgetkommission mit 25 Stimmen gegen 15 Stimmen angenommen, wodurch also auch die Resolutionen der Liberalen erledigt waren.

Sodann geht es mit der Beratung des Postetats in aller Ruhe weiter.

Volkswirtschaft.

Rechnung über die Wirtschaft.

In der heutigen Kassenabrechnung... Die Wirtschaften im März...

Städtische Sparkassenbank, Vermögensdaten am Rhein.

In der Bilanz... Kasse, Reichs- und Landesbank... Vermögensgegenstände...

Neue Anleihe der Stadt Birmensdorf... Die Stadt Birmensdorf...

Die Franz. Meublen-AG... Die Franz. Meublen-AG...

Telegraphische Handelsberichte.

Frankfurt, 9. März... Berlin, 10. März... Die Angelegenheit der...

Breslau, 10. März... Die Oberpreussischen... Berlin, 10. März... Die Wirtschaft...

Die Oberpreussische... Paris, 10. März... London, 10. März...

Die Oberpreussische... Die Wirtschaft... Die Wirtschaft...

Die Wirtschaft... Die Wirtschaft...

Telegraphische Börsen-Berichte.

Frankfurt, 10. März... Die Börse... Die Börse...

Berlin, 10. März... Die Börse... Die Börse...

Berlin, 9. März... Die Börse... Die Börse...

Berlin, 10. März... Die Börse... Die Börse...

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 10. März. (Offizieller Bericht.)

Table with columns: Aktien, Brief, Geld, and various stock names like Rheinl. Eisenbahn, etc.

Amsterdamer Börse.

Table with columns: 9, 10, and various market indicators.

Berliner Produktenbörse.

Table with columns: Weizen, Roggen, Hafer, etc., and prices.

Pariser Produktenbörse.

Table with columns: Weizen, Roggen, Hafer, etc., and prices.

Budapester Produktenbörse.

Table with columns: Weizen, Roggen, Hafer, etc., and prices.

Liverpooler Börse.

Table with columns: Weizen, Roggen, Hafer, etc., and prices.

Advertisement for Degea, featuring the text 'Unser bester Glühkörper' and 'Degea' in large letters.

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock market prices for various securities like Reichsbank, Deutsche Bank, and others.

Pariser Börse.

Table of Paris stock market prices for various securities like Chem. de France, Suez Canal, etc.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock market prices for various securities like Bank of England, India, etc.

Wiener Börse.

Table of Vienna stock market prices for various securities like Creditanstalt, Bankverein, etc.

Frankfurter Effektenbörse.

Table of Frankfurt stock market prices for various securities like Reichsbank, Deutsche Bank, etc.

Staatspapier, A. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, B. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, C. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, D. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, E. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, F. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, G. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, H. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, I. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, J. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Staatspapier, K. Deutsche.

Table of German state paper prices for various bonds and securities.

Telegraphische Schiffenachrichten des Nord. Ozean. Bremen.

Text of telegraphic ship news from Bremen, mentioning various ships and their destinations.

Marx & Goldschmidt, Mannheim.

Text of an advertisement for Marx & Goldschmidt, Mannheim, mentioning their business and contact information.

Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt.

Table listing various companies and their stock prices, including Deutsche Bank, Reichsbank, etc.

Geschäftliches.

Text of business notices and advertisements, including information about a company's operations and services.

Verantwortlich.

Text of a notice regarding responsibility for the publication, mentioning the publisher's name and address.

Hautausschläge, Geschwüre.

Text of a medical advertisement for skin conditions, describing the symptoms and the effectiveness of the treatment.

Gleich- und Drehstrom-Elektromotoren.

Large advertisement for Stotz & Cie. featuring an image of a dog and text describing their electrical motors and services.

Durch gemeinsamen Einkauf für unsere
10 Geschäfte sind wir in der Lage

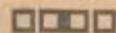
erstklassige

Konfektion

äusserst preiswert zu verkaufen.



Herren-Ulster	solide Qualität, elegant passend	24 ⁰⁰	26 ⁰⁰		
Herren-Ulster	flotte Stoffmuster, beste Haltbarkeit	28 ⁰⁰	30 ⁰⁰		
Herren-Ulster	II reihig, neueste Fasson, engl. Stoffart	36 ⁰⁰	40 ⁰⁰		
Herren-Ulster	hervorragend im Schnitt, sehr fesch	44 ⁰⁰	48 ⁰⁰		
Herren-Ulster	für den gediegensten Geschmack	54 ⁰⁰	58 ⁰⁰		
Sommer-Paletots	solide Dessins, gediegene Qualitäten	24 ⁰⁰	30 ⁰⁰		
Sommer-Paletots	Neuheiten, elegant angefertigt	36 ⁰⁰	40 ⁰⁰		
Sommer-Paletots	der vornehme gediegene Geschmack	44 ⁰⁰	48 ⁰⁰		
Sommer-Paletots	Covercoatmode farbig, kurzer port-Paletot sehr chic	54 ⁰⁰	58 ⁰⁰		
Herren-Anzüge	neue Dessins i. sol. Geschm. M.	20 ⁰⁰	24 ⁰⁰	28 ⁰⁰	30 ⁰⁰
Herren-Anzüge	die grosse II reih. Mode, eleganter Glockenschn. Mk.	33 ⁰⁰	36 ⁰⁰	40 ⁰⁰	48 ⁰⁰
Herren-Anzüge	gedieg. Cheviots im engl. Geschm. entz. Neuh. Mk.	50 ⁰⁰	54 ⁰⁰	58 ⁰⁰	64 ⁰⁰
Herren-Anzüge	blau die Mode 1911, II reihig Glockenschn. Mk.	28 ⁰⁰	36 ⁰⁰	40 ⁰⁰	48 ⁰⁰
Herren-Anzüge	blau, äusserst elegant und gediegen Mk.	50 ⁰⁰	54 ⁰⁰	58 ⁰⁰	64 ⁰⁰
Herren-Hosen	solide, dunkle Muster	2 ⁶⁰	3 ⁰⁰	3 ⁵⁰	4 ⁰⁰
Herren-Hosen	festes Strapazier-Qualitäten	4 ⁵⁰	5 ⁰⁰	6 ⁵⁰	7 ⁰⁰
Herren-Hosen	eleg., gestr. Kammgarn-Qualitäten	8 ⁰⁰	9 ⁰⁰	10 ⁰⁰	11 ⁰⁰
Herren-Hosen	Ersatz für Mass	12 ⁰⁰	15 ⁰⁰	18 ⁰⁰	22 ⁰⁰



Beachten Sie unsere Knaben-Anzug-Neuheiten in unseren Fenstern!
Beachten Sie unsere Façons in Burschen-Anzügen u. Norfolk-Anzügen!
Beachten Sie unseren Schnitt u. unsere Preise für Confirmanden-Anzüge!

Mannheim
Strohmarkt

Gebr. Manes

Planken
P 4, 12

Zentral-Verkaufshaus Nürnberg

Zweiggeschäfte:

Mannheim

Bochum

Chemnitz

Plauen

Fürth

Bamberg

Bayreuth

Ansbach

Kaiserslautern